

portvolumen von 1,25 Mrd. US\$ (= +30% gegenüber dem Vorjahreszeitraum) erreichte. Besonders erfolgreich waren dabei Joint Ventures, die ihren Export um 78% auf 360 Mio. US\$ steigern konnten. Die meisten dieser Joint Ventures wurden mit Taiwan-Kapital aufgebaut. Allein in den ersten acht Monaten d.J. 1990 wurden 642 Investitionsverträge mit einem Gesamtkapital von 569 Mio. US\$ genehmigt. 345 Mio. US\$ (= 60%) stammten davon aus Taiwan!

85% der jetzt 1.800 Exportfirmen mit Auslandskapital arbeiten bereits mit Gewinn, und zwar hauptsächlich in den Bereichen Verarbeitungsindustrie, Tourismus, Immobilien, Roh- und Werkstoffindustrie sowie bei Finanzgeschäften.

Weitere wichtige Entwicklungszonen sind z.Zt. Qinhuangdao und vor allem das Mündungsgebiet des Yangzi.

Am 18. April und am 10. September 1990 hatte der Staatsrat Bestimmungen über die Erschließung und Öffnung der Zone Pudong (Shanghai) sowie über Investition ausländischen Kapitals und die Bodenverwaltung im dortigen Bereich erlassen. Seitdem ist Shanghai zu einer noch wichtigeren "Offenen Region" geworden. Mehr als 8.000 Geschäftsleute aus Hongkong, Macau, Taiwan und dem Ausland haben inzwischen Recherchen angestellt und Kooperationsbekundungen abgegeben. Auch die Provinz Anhui, die im Einzugsbereich des Yangzi liegt, beschloß, vier Städte und drei Kreise für die Außenwirtschaft zu öffnen. Die Provinz Jiangsu wird in Nanjing und Changzhou zwei Wirtschaftszonen und die Provinz Zhejiang nahe Hangzhou eine Investitionszone für ausländische Geschäftsleute einrichten. Die Provinz Jiangxi beabsichtigt, das Hedong-Gebiet zu erschließen und hierbei die dortigen Naturschätze und Waldpotentiale nutzbar zu machen.

Die Konkurrenz zwischen den südchinesischen Küstenregionen und dem Einzugsgebiet des Yangzi hat sich durch die neuen Förderungsmaßnahmen verschärft. Langfristig dürfte das Yangzi-Becken den Sieg davontragen, da sich das Einzugsgebiet des größten aller chinesischen Flüsse nicht nur auf den ostchinesischen Küstenbereich, sondern auch auf Südwest- und Zentralchina erstreckt, also insgesamt 18 Provinzen, Städte und Autonome Gebiete erfaßt: eine Fläche von 1,8 Mio.

qkm und 400 Millionen Einwohnern. Der Jahresproduktionswert der dortigen Industrie und Landwirtschaft beträgt 40% des ganzen Landes.

Während des 8. Fünfjahresplans (1991-1995) soll der Akzent vom bloßen Export, von der Aufnahme ausländischen Kapitals sowie vom Technologietransfer verlagert werden auf direkte Teilnahme an den internationalen Kooperationsprozessen.

Diesem Zweck dienen die neu veröffentlichten Bestimmungen und politischen Maßnahmen, denzufolge ausländische Geschäftsleute sowohl in Flughäfen, Häfen, Straßenbau, Eisenbahn- und Kommunikationswesen investieren als auch Boden erschließen, mit Immobilien handeln und Börsen eröffnen sowie Aktien ausgeben dürfen - allerdings jeweils nur innerhalb der dafür "geöffneten" Gebiete.

b) Während die Investitionen zunehmen, ist der *Außenhandel* leicht rückläufig und gegenüber dem Vorjahr um 2,04% auf 68,35 Mrd. US\$ gesunken. Allerdings erreichten die Exporte 36,2 Mrd. US\$ und erhöhten sich damit um 15,3%, so daß am Ende ein Ausfuhrüberschuß von 4,18 Mrd. US\$ verblieb. Die 400 Mio. US\$-Grenze wurde im Exportbereich von Getreide, Konserven, Rohöl, Ölderivaten, Baumwollstoffen, Mischgewebe und Seide, bei den Importwaren von Getreide, Ölderivaten, Kunstdünger, Walzstahl, Autos und Fahrgestellen überschritten.

Hongkong blieb mit 24,35 Mrd. US\$ Gesamtumsatz nach wie vor der wichtigste Außenhandelspartner Chinas, gefolgt von Japan, der EG, den USA, den ASEAN-Staaten und der UdSSR.

Die Spitzenstellung Hongkongs erklärt sich dadurch, daß die meisten südkoreanischen und taiwanesischen Ein- und Ausfuhr via Kronkolonie getätigt wurden.

Der Handelsverkehr mit Taiwan steigerte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahreszeitraum um gleich 244%. Die Importe aus Taiwan lagen mit 1,17 Mrd. US\$ nur geringfügig unter denen des Vorjahres. Nach Südkorea wurden bis August 1990 Waren für 624 Mio. US\$ geliefert, während von dort Waren in Höhe von 333 Mio. US\$ importiert wurden - Steigerungen von 125% bzw. 50% (BRU 1990, Nr. 41, S. 32).

c) Auch der *Tourismus* kommt langsam wieder in Fahrt. In den ersten acht Monaten d.J. 1990 beispielsweise besuchten 18,11 Millionen Touristen das Land - dies waren 8% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Der Rückschlag des Fremdenverkehrs nach dem 4. Juni 1989 war für die erfolgsverwöhnte Branche ein tiefes Trauma, in dessen Gefolge es zu vielen guten Vorsätzen und zu strukturellen Verbesserungen kam. Seit damals wurden 17.000 chinesische Fremdenführer examiniert; nur solche Angestellte durften ihren Beruf fortführen, die den Test bestanden hatten. Verbessert wurden auch die unzureichenden sanitären Anlagen und die Sicherheitsmaßnahmen. In ganz China gibt es inzwischen 17.088 internationale Hotels mit 268.000 Zimmern.

Bis zum Jahresende 1990 werden 28 Millionen Touristen erwartet - womit China unter die zwanzig meistbesuchten Länder der Welt aufrückte. Im Laufe der nächsten zehn Jahre hat die VRCh sich vorgenommen, unter die ersten zehn Zielländer aufzusteigen und u.a. den ersten Platz in Asien zu erreichen. Bis dahin allerdings muß, so weiß man inzwischen, die Arbeit der Tourismusbranche auf internationalen Standard gebracht werden. -we-

Innenpolitik

*(14)

Neuerliche Kehrtwendung Deng Xiaopings: Reform und Öffnung sollen 'schneller, besser und effektiver' verwirklicht werden

In einer internen Rede hat Deng Xiaoping Anfang Oktober 1990 eine erneute politische Kehrtwendung vollzogen und nun wieder ein schnelleres Reformtempo und Veränderungen im politischen Überbau gefordert. Noch im Herbst 1988 hatte Deng angesichts starker inflationärer Tendenzen und scharfer Kritik von seiten orthodoxer Kräfte der Einschränkung der marktorientierten Wirtschaftsreformen zugestimmt, nachdem er noch im Frühjahr 1988 eine vollständige Preisreform und eine Abschaffung des zweigleisigen Preissystems befürwortet hatte. Die jüngsten Ausführungen Deng Xiaopings beziehen sich inhaltlich größten-

teils auf die Ausarbeitung des 8. Fünfjahrplans (1991-1995) und des zehnjährigen Wirtschaftsentwicklungsplan von 1991 bis 1999, die beide heftig umstritten sind. Die Auseinandersetzungen zwischen marktorientierten Reformern und orthodoxen Kräften über die Festbeschreibung der Wirtschaftspolitik der nächsten fünf und zehn Jahre haben die Einberufung der 7. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees, auf der die beiden Pläne offiziell verabschiedet werden sollen, verzögert.

Mit seiner Rede von Anfang Oktober hat Deng mehr oder weniger deutlich Stellung genommen gegen die orthodoxen Sowjetmodell-Sanierer um Chen Yun, die eine möglichst starke Rolle der Planwirtschaft und des staatlichen Wirtschaftssektors befürworten. In Anbetracht der starken Position der orthodoxen Kräfte waren Dengs Worte jedoch vorsichtig gewählt: Der Begriff "Reform und Öffnung", den die Gegner und Befürworter weitreichender marktorientierter Reformen gleichermaßen im Munde führen, wurde von Deng nicht näher definiert, und auf die Preisreform oder gar die Eigentumsreform ging Deng nicht konkret ein. Deng sprach lediglich davon, daß die bisher verwirklichten Wirtschaftsreformen nur den "ersten Schritt zur Befreiung der Produktivkräfte" darstellten, womit er allerdings deutlich machte, daß weitere marktorientierte Reformen notwendig seien, um die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen. Dementsprechend forderte Deng, daß "Reform und Öffnung" künftig "schneller, besser und effektiver" verwirklicht werden müßten. In Anspielung auf die orthodoxen Kräfte kritisierte Deng Xiaoping "gewisse Abteilungen und Orte", die "in der letzten Zeit unter dem Vorwand der Wirtschaftssanierung Reform und Öffnung unterdrückt haben". Dies sei "nicht richtig", befand der Initiator der nachmaoistischen Reformpolitik, der hinter den Kulissen offenbar erhebliche Anstrengungen unternimmt, um die KPCh wieder auf einen eindeutigen Reformkurs zu trimmen.

Teilweise lesen sich die bekanntgewordenen Teile der Deng-Rede wie ein politisches Testament, z.B. wenn Deng fordert, daß "auch in den nächsten mehreren zig Jahren [sic!] von der Politik der Reform und Öffnung nicht abgewichen werden darf". Deng ging jedoch nicht nur auf das Thema Wirtschaftsreform ein, sondern äußerte

sich auch zu Chinas Stellung in der Welt und zur Frage der politischen Reformen. Letztere forderte der alte Herr in geradezu dramatischer Weise ein, ohne freilich konkret zu werden: "Wir dürfen in dieser Frage nicht weiter zuwarten. Die Zeit bleibt nicht stehen und läßt uns abwarten. Die uns von der Geschichte zugewiesene Verantwortung erlaubt uns nicht, noch länger zuzuwarten. Wenn wir gegenüber den Hoffnungen des Volkes und der [diesbezüglichen] Aufgabe der Partei weiter abwarten und zögern, dann ist das ein Verbrechen, denn wir sind die Regierungspartei und wir sind die Regierung, die sich um das Wohl des eine Milliarde Menschen zählenden Volkes zu kümmern hat."

Umfangreiche Auszüge der Rede Deng Xiaopings wurden innerhalb eines Artikels in der November-Ausgabe der Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* (Spiegel) wiedergegeben. *Jingbao* zufolge traf Deng Xiaoping am 7. Oktober mit Jiang Zemin, Li Peng, Yang Shangkun, Wan Li, Wang Zhen, Bo Yibo, Song Renqiong und Xi Zhongxun zusammen und gab eine Reihe von "wichtigen Weisungen" zur künftigen Reformpolitik. Aufgrund der Bedeutung der Ausführungen Dengs werden die von *Jingbao* veröffentlichten Auszüge aus seiner Rede vom 7. Oktober im folgenden in vollständiger Übersetzung wiedergegeben:

"Die Politik der Reform und Öffnung hat sich in der Praxis der vergangenen zehn Jahre immer wieder als richtig erwiesen. Reform und Öffnung stellen eine große Revolution im Aufbau unseres Landes seit der Staatsgründung dar. Ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen, daß die Politik der Reform und Öffnung nicht von mir allein ausgedacht worden ist, sondern sie stellt die [einzig] wahre Schlußfolgerung dar, die unsere Partei aus der Praxis der ersten 30 Jahre seit der Staatsgründung gezogen hat, und für diese Erkenntnis haben wir einen sehr hohen Preis gezahlt. Der politische Kurs der Reform und Öffnung ist von uns anhand der realen Situation im Landesinneren und aufgrund der Entwicklungstendenz in der Welt herausgefunden und festgelegt worden, und er hat die Unterstützung der Bevölkerung gefunden. Wir müssen die Erfolge der Reform und Öffnung hochschätzen, müssen unsere Schlußfolgerungen daraus ziehen und müssen die Erfolge weiter ausbauen. Gegenüber

der Politik der Reform und Öffnung darf es kein halbherziges Schwanken oder gar eine Revision geben. Welche Theorie oder welche praktischen Beweise haben wir denn, um diese Politik in Frage zu stellen?

Gegenwärtig arbeiten wir gerade den 8. Fünfjahrplan und den wirtschaftlichen Entwicklungsplan für die entscheidendsten zehn Jahre dieses Jahrhunderts aus. Die allgemeine Leitlinie [dieser Pläne] muß den Kurs angeben, wie die Entwicklung von Reform und Öffnung beschleunigt und vervollständigt werden soll. Auf jeden Fall müssen Reform und Öffnung 'schneller, besser und effektiver' verwirklicht werden. Auch in den nächsten mehreren zig Jahren darf von der Politik der Reform und Öffnung nicht abgewichen werden.

Wir müssen anerkennen, daß wir uns in der gegenwärtigen Welt nach wie vor auf die Machtpolitik stützen müssen. Die USA, die Sowjetunion, West- und Osteuropa sowie unsere asiatischen Nachbarstaaten verfolgen sehr aufmerksam den Prozeß der Reform und Öffnung unseres Landes. Die Art und Weise des Erfolgs unserer Reform und Öffnung hat direkte Auswirkungen auf das Ansehen unseres Landes und auf unser Mitspracherecht in internationalen Angelegenheiten. Daß wir gegenwärtig ein gewisses Mitspracherecht auf der internationalen Bühne haben, liegt eben genau darin begründet, daß wir eine Großmacht (dagu) sind, eine Großmacht, die sich keiner anderen Großmacht unterwirft, eine Großmacht, die sich gerade eigenständig und entsprechend seiner eigenen Besonderheiten fortschrittlich entwickelt. Natürlich ist unser Mitspracherecht noch nicht sehr groß, und das liegt daran, daß unsere Wirtschaft noch nicht entwickelt ist. [Andererseits] spielen wir unsere Stärke nie gegenüber schwächeren Staaten aus, und genau das hat uns das Ansehen und den Platz der Volksrepublik China in der Welt eingebracht. Auch wenn wir in Zukunft zu einem relativ entwickelten Staat geworden sind, müssen wir an diesem Punkt festhalten: Die Schwachen nicht unterdrücken, sondern sie unterstützen, und die Starken nicht fürchten. Dies ist einer der außenpolitischen Grundsätze des sozialistischen China.

In der letzten Zeit haben gewisse Abteilungen und Orte unter dem Vorwand der Sanierung und Ausrichtung

der Wirtschaft (zhili zhengdun) Reform und Öffnung unterdrückt und [sogar] negiert. Das ist nicht richtig. Wenn wir die Ausrichtung der Wirtschaftsordnung fordern, dann wollen wir damit jene Probleme lösen, die der Reform- und Öffnungspolitik nicht entsprechen, ihr nicht förderlich sind oder sie sogar behindern. Das Ziel der Ausrichtung der Wirtschaft liegt doch gerade darin, die Reform- und Öffnungspolitik fortzusetzen und sie ständig zu vervollkommen. Reform und Öffnung müssen vertieft und verbreitert werden.

Die Reform der letzten zehn Jahre hat im Bereich des Wirtschaftssystems jene Elemente verändert, die der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht entsprachen, [doch] dies ist nur der erste Schritt zur Befreiung der Produktivkräfte. Man kann nicht behaupten, daß wir [zu] schnell vorgegangen sind, sondern man muß wohl eher feststellen, daß wir nicht schnell genug vorgegangen sind. Genausowenig kann man behaupten, daß wir großartige Erfolge errungen haben. Man kann lediglich sagen, daß wir Erfolge erzielt haben.

Mit dem Fortschreiten der Reform verlagert sich der Kern des Problems darauf, daß wir alle Elemente des Überbaus, die dem sozialistischen Aufbau nicht förderlich sind, verändern müssen. Über diesen Schritt muß man sich jetzt Gedanken machen. Der Zwischenfall (fengbo) vom letzten Jahr [gemeint sind die Studentenbewegung und ihre Niederschlagung] hat den Fortgang der Reformen verzögert. Wir dürfen in dieser Frage nicht weiter zuwarten. Die Zeit bleibt nicht stehen und läßt uns abwarten. Die uns von der Geschichte zugewiesene Verantwortung erlaubt uns nicht, noch länger zuwarten. Wenn wir gegenüber den Hoffnungen des Volkes und der [diesbezüglichen] Aufgabe der Partei weiter abwarten und zögern, dann ist das ein Verbrechen, denn wir sind die Regierungspartei und wir sind die Regierung, die sich um das Wohl des eine Milliarde Menschen zählenden Volkes zu kümmern hat.

Wir müssen anerkennen, daß die Ursachen für die nicht wenigen Probleme in der Gesellschaft hauptsächlich in der schlechten Organisation, Ideologie und Arbeit unserer Partei und Regierung zu suchen sind. Einige unserer Mißstände sind schwerwiegend und

stinken zum Himmel. Das Volk ist darüber erbost, und man kann verstehen, daß die Menschen diese Mißstände anklagen und dagegen protestieren wollen. Davor braucht man keine Angst zu haben. Seit einem Jahr nun löst die von dem Genossen Jiang Zemin geleitete Mannschaft ein Problem nach dem anderen. Wir dürfen nicht die Menschen an der Basis bezichtigen. Die Probleme liegen bei uns im Überbau. Das Volk ist nicht gegen die Reform- und Öffnungspolitik, und dies beweist, daß das Volk uns vertraut und seine Hoffnungen auf uns setzt. Warum müssen die bestehenden und die neu hinzukommenden Probleme eigentlich mit der Reform- und Öffnungspolitik in einen Topf geworfen werden? Wir predigen ununterbrochen die Theorie von den zwei Seiten einer Sache, doch kaum stoßen wir auf Schwierigkeiten, sehen wir nur die eine Seite. Kommunisten sind Materialisten. Wie kann man denn als solcher nach der Theorie der Einseitigkeit handeln? Die These von der Unveränderbarkeit, Pessimismus und Metaphysik - all das ist falsch." (Jingbao, Hongkong, November 1990, S. 38-39)

Bereits Mitte August 1990 soll sich Deng in einem Gespräch mit Jiang Zemin, Yao Yilin und Gu Mu über Obstruktionsversuche an der Wirtschaftsreformpolitik von seiten orthodoxer Kräfte, darunter "einige alte Genossen", beklagt haben. Bereits damals soll Deng eine Wiederaufnahme der marktorientierten Wirtschaftsreformen und eine Beschleunigung des Reformtempos gefordert haben. (Ebenda, S. 40) Die damaligen Äußerungen Dengs fanden jedoch keinen unmittelbaren Niederschlag in den öffentlichen Erklärungen chinesischer Spitzenpolitiker. Auch der Inhalt seiner Rede vom 7. Oktober tauchte bisher nur ansatzweise in einer Erklärung des neuen Vorsitzenden der Zentralen Wirtschaftsreformkommission Chen Jinhua vom 22. Oktober gegenüber einem Journalisten der Nachrichtenagentur *Neues China* auf (ebenda, S. 43; vgl. C.a., Oktober 1990, Ü 40). -sch-

*(15)

Ding Guan'gen neuer Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung

Zum neuen Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung wurde Politbüro-Kandidat und ZK-Sekretär Ding Guan'gen ernannt, der dafür von seinen Posten

als Leiter des Taiwan-Büros des Staatsrats und als stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Planungskommission abgelöst wurde (RMRB, 1.12.90). Der bisherige Leiter der ZK-Einheitsfrontabteilung, Yan Mingfu, war nach der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung Ende Juni 1989 von seiner Position als ZK-Sekretär entbunden worden und seitdem nicht mehr öffentlich aufgetreten. Yan, der als Gefolgsmann von Zhao Ziyang gilt und im Mai 1989 einen gemäßigten Kurs gegenüber den protestierenden Studenten und Bürgern befürwortete, verlor das Amt des Direktors der ZK-Einheitsfrontabteilung de facto wahrscheinlich unmittelbar nach den Ereignissen vom 4. Juni. Trotzdem wurde kein Nachfolger ernannt. Daß Yan Mingfu erst jetzt, d.h. 17 Monate später, formell ausdrücklich abgelöst wurde, ist ein für das nachmaoistische China ungewöhnlicher Vorgang. (Siehe auch C.a., April 1990, Ü 12, und C.a., Juni 1990, Ü 9) -sch-

*(16)

Wang Zhaoguo als Direktor des Taiwan-Büros des Staatsrats wieder in die Zentrale berufen

Der frühere ZK-Sekretär Wang Zhaoguo (49) wurde auf formellen Beschluß des Staatsrats Mitte November als neuer Direktor des Taiwan-Büros des Staatsrats wieder in die Zentrale berufen (RMRB, 24.11.90). Nach dem Sturz seines Protektors Hu Yaobang im Januar 1987 hatte der politische Senkrechtstarter wegen unzureichender Bekämpfung der sog. "bürgerlichen Liberalisierung" parteiintern Selbstkritik üben müssen und an politischem Einfluß eingebüßt: So verlor er seinen Posten als ZK-Sekretär und seine Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, und im September 1987 wurde Wang Zhaoguo als Gouverneur in die Provinz Fujian versetzt. In der Taiwan gegenüberliegenden Provinz hatte Wang Zhaoguo in den vergangenen drei Jahren Erfahrungen mit den informellen Wirtschaftskontakten zwischen Taiwan und dem Festland gesammelt. Diese Erfahrungen könnten ein Grund für seine Berufung als Direktor des Taiwan-Büros des Staatsrats sein.

Wang Zhaoguo tritt die Nachfolge von Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen an, der nicht nur als Direktor des Taiwan-Büros abgelöst wurde, sondern

auch seinen Posten als stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Planungskommission verlor. Dafür übernahm Ding die Leitung der ZK-Einheitsfrontabteilung. (RMRB, 24.11. u. 1.12.90) -sch-

*(17)

Neuer Direktor des Staatsratsbüros für Hongkong und Macao

Zum neuen Direktor des Staatsratsbüros für Hongkong und Macao wurde Lu Ping (61) berufen, bisher einer der stellvertretenden Leiter des Büros. Sein Vorgänger, der angesehene Diplomat Ji Pengfei (81), trat wahrscheinlich aus Altersgründen von diesem Posten zurück. Von seinem Posten abgelöst wurde auch der bisherige stellvertretende Direktor des Büros, Li Hou (67). (RMRB, 24.11.90) -sch-

*(18)

ZK-Abteilung für Propaganda gegenüber dem Ausland neu eingerichtet?

Einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Dangdai* (Gegenwart) zufolge wurde kürzlich ein neues ZK-Organ geschaffen, nämlich die ZK-Abteilung für Propaganda gegenüber dem Ausland (chin. wahrscheinlich: Zhonggong zhongyang duiwai xuanchuan bu). Tatsächlich handelt es sich um eine Aufwertung der bisher der ZK-Propagandaabteilung unterstehenden Hauptabteilung für Propaganda gegenüber dem Ausland (Zhonggong zhongyang xuanchuan bu duiwai xuanchuan ju) zu einem eigenständigen ZK-Organ. Damit fanden die verstärkten Bemühungen der chinesischen Kommunisten, ihr Image im Ausland aufzupolieren, auch auf organisatorischem Gebiet ihren Niederschlag. (Dangdai, 3.11.90, in SWB, 12.11.90)

Direktor der neuen ZK-Abteilung für Propaganda gegenüber dem Ausland soll nach Angaben von *Dangdai* Zhu Muzhi (74) sein, der für diese Aufgabe langjährige einschlägige Erfahrungen mitbringt. Zhu war von 1951 bis 1966 stellvertretender Direktor der Nachrichtenagentur *Neues China* und von 1972 bis 1977 Direktor der Nachrichtenagentur. Von 1977 bis 1982 bekleidete er die Position eines stellvertretenden Direktors der ZK-Propagandaabteilung. Von 1982 bis 1986 war Zhu Kulturminister. Dem Zentralko-

mittee der KPCh gehörte Zhu von 1973 bis 1985 an. 1986 wurde Zhu Präsident der Chinesischen Gesellschaft für den kulturellen Austausch mit dem Ausland und Leiter der ZK-Führungsgruppe für Propaganda gegenüber dem Ausland (Zhonggong zhongyang duiwai xuanchuan xiaozu). Gegenwärtig ist Zhu auch noch Mitglied der Zentralen Beraterkommission und der ZK-Führungsgruppe für Ideologie und Propaganda. (Biographische Angaben u.a. von Wolfgang Bartke)

Die neue ZK-Abteilung soll insgesamt mit über 60 Planstellen ausgestattet worden sein. Organisationsstruktur und Budget der ZK-Abteilung sollen auf einer nationalen Konferenz über Propaganda gegenüber dem Ausland festgelegt worden sein, die vom 29. Oktober bis 4. November 1990 in Beijing stattfand. Einige Zeitungen und Zeitschriften, die sich primär an Ausländer und Auslandschinesen richten und die bisher der ZK-Propagandaabteilung unterstanden, sollen der neuen ZK-Abteilung unterstellt werden. Hierzu zählen wahrscheinlich u.a. *Beijing Rundschau*, *China Daily* sowie eine Reihe von chinesischsprachigen Publikationen in Hongkong und im Ausland. (Ebenda) -sch-

*(19)

Nationale Konferenz über Propaganda gegenüber dem Ausland

Eine nationale Konferenz über Propaganda gegenüber dem Ausland (quanguo duiwai xuanchuan gongzuo huiyi) fand vom 29. Oktober bis 4. November 1990 in Beijing statt. An der Konferenz nahmen u.a. die Leiter der Propagandaabteilungen auf der zentralen und der Provinzebene sowie Führungskader der dem Staatsrats unterstehenden Nachrichtenagentur *Neues China* (Xinhua she) teil. Die Bedeutung der Tagung wurde dadurch unterstrichen, daß ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und der für Ideologie und Propaganda zuständige ZK-Sekretär Li Ruihuan "wichtige Reden" hielten. Der *Volkszeitung* zufolge beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer vor allem mit der Frage, wie die Selbstdarstellung der Volksrepublik China gegenüber dem Ausland verbessert werden könne. Sie kamen darin überein, daß die Präsentation des sozialistischen China im Ausland mit verschiedenen Formen auf eine quali-

tativ höhere Stufe gebracht werden müsse, damit die Ausländer China besser verstehen würden. Nur dadurch könnten die Öffnung gegenüber dem Ausland und die internationalen Beziehungen Chinas auf allen Gebieten weiterentwickelt werden. Die Propaganda gegenüber dem Ausland sei nicht nur eine Sache der Medien, sondern müsse auch von den mit Außenbeziehungen befaßten Organisationen und Institutionen in den Bereichen Wirtschaft und Handel, Wissenschaft und Technik, Kultur, Erziehung, Tourismus usw. aufmerksam betrieben werden. Die Führungskader aller Lokalitäten und betreffenden Einheiten sollten sich schwerpunktmäßig mit der Propaganda gegenüber dem Ausland befassen und diese Arbeit mit auf die ständige Tagesordnung setzen. (RMRB, 3.11.90)

Die Konferenz stand offenkundig im Zusammenhang mit verschiedenen Bemühungen der Partei- und Staatsführung, das schlechte Image der KPCh und der VRCh im Ausland zu verbessern. Nach der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung am 4. Juni 1989 und der strikten Weigerung der chinesischen Kommunisten, einen Demokratisierungsprozeß zuzulassen, hatte sich das Ansehen des kommunistischen China vor allem im westlichen Ausland, aber auch unter Auslandschinesen, erheblich verschlechtert. -sch-

*(20)

Innenpolitische Ursachen für die Absage des England-Besuches von Wan Li?

Am 8. November 1990 gab die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums bekannt, daß der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (NVK) Wan Li vom 17. bis 24. November Großbritannien einen offiziellen Freundschaftsbesuch abstatten werde (RMRB, 9.11.90). Nur fünf Tage später vermeldete jedoch das ZK-Organ *Volkszeitung*, daß man vom Ständigen NVK-Ausschuß erfahren habe, daß der 74-jährige Vorsitzende Wan Li "körperlich indisponiert" (shenti you xie bushi) sei und deshalb seinen Besuch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben habe (RMRB, 14.11.90).

Nach Berichten der Hongkonger Zeitschriften *Dongxiang* und *Zhengming* soll die Absage der England-Reise von

Wan Li freilich nicht krankheitsbedingt sein, sondern politische Ursachen haben. Demnach soll die Absage der Reise im Zusammenhang mit der Flucht des berühmten Malers Fan Zeng am 6. November nach Frankreich stehen. Danach soll Wan Li von den orthodoxen Kräften intern kritisiert worden sein, da er den Maler gefördert habe. Außerdem sollen die orthodoxen Kräfte veranlaßt haben, ohne die Zustimmung von Wan Li zwölf zusätzliche Sicherheitsbeamte, darunter sieben vom Staatssicherheitsministerium, in die Delegation von Wan Li aufzunehmen, um diesen und seine Entourage zu bespitzeln [Der zum radikalen Reformflügel zählende Wan Li hatte sich während eines Aufenthalts in Kanada im Mai letzten Jahres positiv über die Studentenbewegung geäußert und war deshalb von parteiinternen Gegnern kritisiert worden.]. Um die zusätzlichen Sicherheitskräfte in der Delegation unterzubringen, soll die Hälfte der ursprünglich als Begleitung vorgesehenen Journalisten wieder ausgeladen worden sein. Nachdem Wan Li von diesen Vorgängen erfahren hatte, soll er sich geweigert haben, die Reise anzutreten. (Dongxiang, November 1990, S. 6-7; Zhengming, Dezember 1990, S. 9-10)

Wenn die Darstellung der beiden Hongkonger Zeitschriften über die innenpolitischen Hintergründe der Absage des England-Besuches von Wan Li zutrifft, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen den beiden großen Lagern innerhalb der politischen Führung und auf die Methoden der intraelitären Auseinandersetzungen. -sch-

* (21)

Drei Politikader als neue stellvertretende Präsidenten der Akademie der Sozialwissenschaften

Anfang November 1990 ernannte der Staatsrat folgende drei neue stellvertretende Präsidenten der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften:

- Yu Wen (72), Absolvent des Antijapanischen Militär- und Politik-Hochschule in Yan'an, von 1939 bis 1953 im Propagandasektor der KPCh tätig, von 1953 bis 1957 Direktor des Personalbüros der Akademie der Wissenschaften, von 1958 bis 1967 und von 1973 bis 1978 Partei-

sekretär und stellvertretender Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften, von 1978 bis 1982 Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften, von 1982 bis 1985 (?) stellvertretender Direktor der ZK-Propagandaabteilung, seit April 1986 Mitglied des Ständigen Ausschusses des NVK.

- Qu Weizhen, seit 1983 Mitglied des Ständigen Ausschusses des KPCh-Parteikomitees der Provinz Hebei und seit 1987 auch Leiter der Organisationsabteilung des Parteikomitees.
- Jiang Liu, seit 1982 stellvertretender Ausbildungsleiter der ZK-Parteihochschule. (RMRB, 9.11.90; biographische Angaben u.a. von Wolfgang Bartke)

Bei allen drei neuen stellvertretenden Präsidenten der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften handelt es sich um reine Politikader ohne erkennbare wissenschaftliche Qualifikation. Dafür können die drei z.T. erhebliche Erfahrungen im Bereich Ideologie und Propaganda sowie Personalwesen aufweisen. Die Berufung der drei Politikader deutet darauf hin, daß die Partei- und Staatsführung die Akademie der Sozialwissenschaften, die bis Mitte der 80er Jahre eine Hochburg der Reformkräfte war, künftig noch stärker politisch und personell auf den konservativ-orthodoxen Kurs hin "ausrichten" will. -sch-

* (22)

Schriftsteller Wang Ruowang aus der Haft entlassen

Nach über einjähriger Haft ist der berühmte Shanghaier Schriftsteller Wang Ruowang (72) am 29. Oktober freigelassen worden. Wang war wegen seiner Unterstützung der Studentenbewegung und eines kritischen Schreibens an Deng Xiaoping nach dem Blutbad von Beijing zunächst unter Hausarrest gestellt und ab September 1989 in einem Gefängnis eingesperrt worden. Ein Prozeß wurde ihm nie gemacht, auch eine formelle Anklage wurde nicht erhoben. (IHT, 1.11.90 u.a.) -sch-

Kultur

*(23)

Nationale Konferenz über den "Aufbau der geistigen Kultur"

Vom 7.-11. November 1990 fand in Shashi in der Provinz Hubei eine nationale Arbeitskonferenz zum Thema "Aufbau der geistigen Kultur" (*jingshen wenming jianshe*) statt. Der Schwerpunkt der Thematik lag auf der Untersuchung und Intensivierung des Aufbaus der sozialistischen Ideologie und Moral, auf der Frage der Massenbeteiligung und der Intensivierung der Aktivitäten zum Aufbau der geistigen Kultur (RMRB, GMRB, 8.11.90). Die Konferenz war von der Propagandaabteilung des ZK und dem Hauptbüro des Staatsrats gemeinsam veranstaltet worden. Hauptredner vor den gut 300 Teilnehmern waren der Leiter und der stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung, Wang Renzhi bzw. Xu Weicheng, und Politbüromitglied und Mitglied des ZK-Sekretariats Li Ruihuan (vgl. RMRB, GMRB, 8. und 11.-13.11.90). Die Konferenz diente auch dem Erfahrungsaustausch über den Aufbau der geistigen Kultur seit dem "Beschluß über die Leitlinien beim Aufbau der sozialistischen geistigen Kultur" vom 28. September 1986.

Während dieser Beschluß im Titel den Ausdruck "sozialistische geistige Kultur" trägt und seitdem immer nur von der "sozialistischen geistigen Kultur" die Rede war, fällt auf, daß auf der jüngsten Konferenz zu diesem Thema das Wort "sozialistisch" in Verbindung mit "geistiger Kultur" fehlt. Weder im Titel der Konferenz noch in den Zusammenfassungen der Reden von Wang Renzhi (RMRB, GMRB, 8.11.90) und Li Ruihuan (RMRB, GMRB, 12.11.90) heißt es "sozialistische geistige Kultur". Auch in Xu Weichengs Rede, die den Titel "Umfassend die Massen zur Teilnahme anziehen, Aktivitäten zum Aufbau der geistigen Kultur vorantreiben" trägt und die die großen Zeitungen im Wortlaut abdruckten (vgl. RMRB, GMRB, 13.11.90), fehlt der Ausdruck "sozialistische geistige Kultur". Der Grund ist darin zu suchen, daß sich die Partei offensichtlich bewußt ist, daß seit den Juni-Ereignissen 1989 große Teile der